



An die
Mitglieder der FDP
in Nordrhein-Westfalen

per Mail

Düsseldorf, 03. November 2008

Landesparteitag der FDP am 08.11.08 in Düsseldorf

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 08. November werden Sie auf dem Landesparteitag der FDP über die zukünftige liberale Bildungspolitik entscheiden.

Die Landeselternschaft der Realschulen in NRW (LERS) hat sich mit dem am 13.10.08 beschlossenen Leitantrag des FDP-Landesvorstandes eingehend beschäftigt und möchte Ihnen für Ihre Entscheidung ein paar kritische Gedanken nahe bringen:

Aus Sicht der LERS ist zu begrüßen, dass sich der FDP-Vorstand bei der Vorstellung seiner Prinzipien liberaler Bildungspolitik für ein plurales Bildungsangebot ausspricht und dabei den Respekt vor der verfassungsrechtlich geschützten, elterlichen Entscheidungsfreiheit betont. Allerdings wird leider spätestens unter Punkt II.3 des Leitantrages deutlich, dass die FDP bei ihrem Bekenntnis vor allem das Gymnasium fokussiert. Alle anderen Schulformen werden pauschal abgehandelt, ja sogar zu Unrecht abqualifiziert, indem behauptet wird, dass die Zahl der Gymnasiasten beachtlich gestiegen sei, weil viele „keine Alternative mehr in den anderen, stärker beruflich orientierten Schulformen sehen“. Diese Behauptung müssen wir als Interessenvertretung der Realschuleltern in NRW strikt zurückweisen.

Elternwille

Jährlich vertrauen rund 27 % der Eltern ihre Kinder, immerhin mehr als ¼ eines Jahrgangs, einer Realschule an. Von diesen Kindern werden erfahrungsgemäß mind. 25 % ihren Bildungsweg nach der Realschule in der gymnasialen Oberstufe fortsetzen und dort ihr Abitur machen. Eine Gruppe von ca.15.000 Schülern pro Jahr darf nicht einfach marginalisiert werden! Für viele dieser Schüler stellt die Realschule in ihrer heutigen Form eine alternativlose Chance dar. Sei es, dass sie einfach länger brauchen um sich zu entwickeln, oder dass sie die in der überschaubareren Schulform mögliche, intensivere Betreuung benötigen. Zudem treffen Realschulabsolventen zum Ende ihrer Schulzeit eine bewusste Entscheidung zwischen beruflicher und schulischer Fortsetzung ihres Bildungsweges, die in der Regel zu einer sehr zielgerichteten Einstellung führt und sich positiv auf ihre Erfolgchancen auswirkt. Voraussetzung dafür ist die leistungsorientierte und trotzdem fördernde Bildung, die an Realschulen praktiziert wird und den Schülern alle Wege eröffnet.

Außerdem ist die Freiheit der elterlichen Entscheidung beim Wechsel auf eine weiterführende Schulform mit dem aktuellen Schulgesetz eingeschränkt worden. Seither ist das Gutachten der Grundschullehrer verbindlich. Die Praxis hat in den letzten beiden Jahren gezeigt, dass sich nur sehr wenige Eltern über die Grundschulempfehlung hinwegsetzen. Deshalb kann keineswegs mehr behauptet werden, dass die Entscheidung für ein Gymnasium gleichzusetzen ist mit der elterlichen Entscheidung gegen eine oder mehrere der anderen Schulformen.

Stärkung des Gymnasiums

Unter Punkt II.3 des Leitantrages beschäftigt sich der Landesvorstand der FDP mit Stärkungsmaßnahmen für das Gymnasium.

Auffällig ist dabei, dass z.B. die Verkleinerung der Lerngruppen und der Einsatz zusätzlichen Personals angedacht werden, um eine individuellere Förderung der Schüler zu ermöglichen. Das sind grundsätzlich zu befürwortende Forderungen. Doch warum nur für das Gymnasium? Sicher ist auch in der FDP bekannt, dass die größten Klassen seit langem an den Realschulen zu finden sind.

Des Weiteren verwundert es, dass der FDP-Vorstand ganz offenbar die zunehmende Heterogenität der Schülerschaft an den Gymnasien als Status Quo zu akzeptieren bereit ist. Es ist zu vermuten, dass sich die Verantwortlichen dabei leiten lassen von dem seit langem vor allem von der OECD und den Medien beharrlich postulierten Ziel, die Akademikerzahlen in Deutschland zu erhöhen, um die internationale Anschlussfähigkeit unseres Landes zu ermöglichen.

Die FDP möchte auf pragmatische Lösungen setzen, wie im 6. Absatz des Leitantrages zu lesen ist. Warum fordert sie dann nicht zuerst einmal, dass Berufsfachschulen den Status von Fachhochschulen erhalten? Sie bilden schon lange anerkanntermaßen gut viele Berufsgruppen aus, die in anderen Ländern Akademiker sind. Mit einer solchen Maßnahme ließe sich die Akademikerzahl schlagartig erhöhen. Das wäre eine wahrlich pragmatische Lösung!

Die Zahl der Gymnasiasten weiter zu erhöhen und die zunehmende Heterogenität dieser Schülerschaft zu unterstützen, führt nach Ansicht der LERS nicht zu mehr Qualität. Schon heute stellt das Abitur alleine keine Hochschulzugangsberechtigung mehr dar. Die Hochschulen wählen ihre Studenten mittels eigener Aufnahmeverfahren oder immer grotesker werdender Numeri Clausi durch die ZVS aus. Die zahlreichen Abiturienten, die ihr Abitur mit nur durchschnittlichem Ergebnis (> 1,5 !) erhalten, streben die selben Ausbildungen an, die sie auch mit einem guten Realschulabschluss, allerdings zwei - drei Jahre früher, hätten absolvieren können. Welch eine Verschwendung von Zeit und Ressourcen!

Plurales Bildungsangebot

Es ist zu befürchten, dass sich das Gymnasium bei Umsetzung des FDP-Konzepts mittelfristig zu einer Art Regelschule entwickelt, die lediglich von einer regionalen Mittelschule entlastet wird. Damit wäre der Weg für ein 2-Klassen-Bildungssystem nach amerikanischem Vorbild bereitet. Viele Eltern werden sich den immer zahlreicheren Privatschulen zuwenden, womit das Gymnasium seinen ursprünglichen Anspruch und Status verliert.

Um eine solche Entwicklung zu verhindern, bedarf es autonomer Realschulen als qualitativ hochwertiger Alternative. Wenn diese bisher sehr erfolgreiche und hoch anerkannte Schulform zukünftig in einer sog. Mittelschule aufgeht, wird auch ihre Akzeptanz sinken. Bildungsorientierte potenzielle Realschuleltern werden eine Gemeinschaftsschulform wie die „Mittelschule“ nicht als echte Alternative zur bisherigen Realschule akzeptieren.

Um das Angebot abzurunden bedarf es ebenfalls autonomer Hauptschulen, da man nur dort dem speziellen Förder- und Bildungsbedarf der Schüler gerecht werden kann. Die Hauptschule lässt sich organisatorisch leicht abschaffen, nicht aber ihre Schüler! Sie gemeinsam mit anderen zu beschulen, bedeutet, dass ihnen ihre Schwächen täglich vor Augen geführt werden. Die daraus resultierende Förderwirkung darf wohl bezweifelt werden.

Hauptschulen brauchen vielmehr völlig eigene Konzepte und Lehrpläne, vor allem aber Ruhe vor politischer oder medialer Diffamierung.

Das 4-gliedrige Schulsystem in NRW erfüllt bereits seit langem den Anspruch der Durchlässigkeit, was leider öffentlich immer wieder bezweifelt wird. Tatsächlich können gute Real- bzw. Hauptschüler leicht die Schulform wechseln, wenn sie es denn **möchten**. Und gerade da liegt der entscheidende Punkt, der gerne übersehen wird. Vor allem aus Gründen der Vertrautheit von Schule, Lehrern und Mitschülern lehnen Eltern und Schüler einen Schulformwechsel **während** der Sekundarstufe I in der Regel ab. Ein Wechsel „nach oben“ muss von den Eltern beantragt werden oder sie müssen diesem wenigstens zustimmen; der in die andere Richtung wird aber von der Schule beschlossen. Deshalb sind alle diesbezüglichen Statistiken als fragwürdig zu betrachten, wenn man an ihnen die Durchlässigkeit unseres Schulsystems messen möchte.

Regionale Schulautonomie

Der FDP-Vorstand will mit seinem Konzept einer „Mittelschule“ die regionale Schulautonomie stärken. Jedoch sollten die Verantwortlichen nicht ausblenden, dass entsprechende Entscheidungen in den Kommunen längst nicht nur unter Berücksichtigung der Bildungsqualität getroffen werden, sondern vielmehr von wirtschaftlichen, politischen und nicht selten ideologischen Motiven geleitet sind. Die erreichte Bildungsqualität darf nicht dadurch dem freien Spiel kommunaler Entscheidungsträger preisgegeben werden, dass das Land seine Verantwortlichkeit für ein einheitlich organisiertes Schulsystem delegiert. Schon heute haben Familien große Probleme zu bewältigen, wenn beruflich bedingt der Umzug in ein anderes Bundesland notwendig wird. Solche Schwierigkeiten müssen innerhalb unseres Landes unbedingt vermieden werden.

Außerdem fragt auf der kommunalen Ebene niemand mehr nach dem verfassungsrechtlich geschützten Elternwillen. In den Schulkonferenzen beträgt das Stimmgewicht der Eltern lediglich 33%; in den Kommunen besitzen sie gar kein Mitbestimmungsrecht. Vielen Kommunen eröffnet aber die politische Freigabe der Entscheidung die Möglichkeit, sich von leidigen Kostenfaktoren im Haushalt zu trennen. Ein Einkaufszentrum oder eine neu gestaltete Innenstadt können da gerne mal attraktiver sein als eine Realschule, die man ja auch in einer „Mittelschule“ unterbringen kann.

Zum Schutz des verfassungsrechtlich geschützten Elternwillens müssen die Kommunen verpflichtet werden, ein plurales Bildungsangebot in vertretbarer Entfernung zum Wohnort sicher zu stellen. Das darf nicht zufälligen Ratsmehrheiten und ideologischen Strömungen preisgegeben werden.

Die demographische Entwicklung

Das oft zu hörende Argument demographischer Entwicklung hat spätestens seit der Veröffentlichung der aktuellen Geburtenzahlen durch das Bundesfamilienministerium Anfang Mai dieses Jahres an Bedeutung verloren. Die Geburtenzahlen haben in 2007 wieder das Niveau des Jahres 1990 erlangt. Vorübergehend gesunkene Zahlen können deshalb als den bei den Schülerzahlen bekannten Alternationseffekt angesehen werden, dem nicht mit Schulformaufösungen begegnet werden darf.

In unseren Schulen, vor allem in den Realschulen, sind heute oft mehr als 30 Schüler in eine Lerngruppe gepresst, für die ein 10-prozentiger Rückgang der Schülerzahlen lediglich die Reduzierung auf eine Klassengröße bedeuten würde, die dem gesetzlich vorgesehenen Richtwert von ca. 28 Schülern pro Klasse entspräche. Weiterhin läge er aber deutlich über dem von Pädagogen befürworteten Idealwert, der bei höchstens 25 Schülern festgemacht wird.

Die pinkwärtsche Mittelschule

Das von der FDP angestrebte Konzept der „Mittelschule“ stellt nicht die von den Medien gepriesene Neuerung dar, sondern gibt nur den schulgesetzlich bereits verankerten Verbundschulen einen neuen Namen.

Gerade unter diesem Aspekt erscheint der LERS der FDP-Plan als sehr fragwürdig. Was soll damit erreicht werden? Möchte die FDP um Wählerstimmen derer werben, die dem Gemeinschaftsschulkonzept der rot / grünen Opposition zugeneigt sind?

Folgt man diesem Gedanken, so kann der vorliegende Leitantrag nur als höchst riskant bewertet werden. Eltern und Lehrer, die aus Überzeugung und Qualitätsbewusstsein am gegliederten Schulwesen festhalten möchten, werden sich enttäuscht von der FDP abwenden. Diejenigen aber, die ein Gemeinschaftsschulsystem befürworten, werden das „Original“ in Form der derzeitigen Oppositionsparteien wählen, die seit langem für die große Lösung der vollständigen Auflösung des gegliederten Schulsystems eintreten.

Liebe FDP-Mitglieder, wenn Sie sich am kommenden Wochenende für das pinkwärtsche Konzept der „Mittelschule“ entscheiden, bedeutet das - unabhängig davon, welche Koalitionskonstellation sich nach der Landtagswahl 2009 ergibt - den schleichenden, aber sicheren Untergang der Realschule in NRW.

In einer Koalition der FDP mit der CDU würde sich diese höchst wahrscheinlich, wenn auch widerwillig, dem Konzept anschließen, um die gemeinsame Regierungsverantwortung zu erhalten, die anderenfalls verloren gehen könnte. Das würde dazu führen, dass die SPD, egal in welcher Konstellation, wieder Regierungsverantwortung erhielte, in deren Folge sie (evt. schrittweise) ein Einheitsschulsystem einführen wird. Die Nordrhein-Westfälischen Medien werden es in diesem Zusammenhang nicht versäumen, ihren Anteil am Zustande kommen des Systemwechsels zu leisten.

Die von der FDP mit ihrem Leitantrag verfolgten Ziele sind leicht zu missbrauchen, wie die Berichterstattung nach dem Bekanntwerden des FDP-Vorstands-Beschlusses bereits gezeigt hat. Deshalb appellieren wir heute an Sie, Ihr Votum gut zu bedenken. Sie tragen damit eine große Verantwortung.

Das Team unseres Verbandes hat sich in ehrenamtlicher Arbeit großen Mühen unterzogen, diesen Appell zum Erhalt seiner Schulform an Sie zu richten, nachdem ein Schreiben an Herrn Westerwelle im Februar dieses Jahres leider bis heute unbeantwortet geblieben ist. Auch der FDP-Landesvorstand hat unser Angebot einer sachlichen Diskussion nicht angenommen.

Die Landeselternschaft der Realschulen wird jedoch nicht untätig zuschauen, wenn ihre bewährte Schulform aufgegeben wird, sondern um deren Erhalt kämpfen. Wir erlauben uns, darauf hinzuweisen, dass schon in anderen Ländern das Thema „Bildung“ Wahlen entschieden hat.

Wie bereits früher angeboten, stehen wir für eine eingehende und sachliche Diskussion des Leitantrages und der von uns angeführten Aspekte gern zur Verfügung.

Freundliche Grüße

der Vorstand der LERS

Die Landeselternschaft der Realschulen ist die ministeriell anerkannte und damit offizielle Interessenvertretung der Eltern von rund 350.000 Realschülern in NRW.